



Foto: Ignatz Igel

„Neue historische Mitte“ für Köln?

Eine Idee nimmt erste Gestalt an

Eine Planungswerkstatt „Römisch-Germanisches Museum – Kölnisches Stadtmuseum – Kurienhaus der Domkirche“ hat Vorstellungen für die Bauvorhaben zwischen Roncalliplatz, Am Hof und Kurt-Hackenberg-Platz erarbeitet. Die Konzepte wurden am 12.12. öffentlich vorgestellt.

Die Grundidee

Der Roncalliplatz am Fuße des Doms ist einer der bekanntesten Plätze Kölns. Er lockt tägliche tausende Touristen und Kölnerinnen und Kölner an. An diesem Ort können mehr als 2000 Jahre Stadtgeschichte erlebbar werden. Der Rat hat bereits 2011 beschlossen, das Römisch-Germanische Museum (RGM) zu sanieren. Dabei soll das RGM-Verwaltungsgebäude abgerissen werden. Auf Wunsch des Erzbistums Köln soll auch das erheblich sanierungsbedürftige Kurienhaus mit Billigung des Stadtkonservators durch ein neues Gebäude ersetzt werden. Zugleich entstand die Idee das Kölnische Stadtmuseum (KSM) – bislang im Zeughaus - am Roncalliplatz zu etablieren – anstelle der Zeughaus-Sanierung mit Erweiterungsbau. Von Vorteil ist, dass die Neugestaltung der Dom-Ostseite vorangeht. Jetzt heißt es, auch der südlichen Domumgebung ein neues Gesicht zu geben.

Planungswerkstatt

Diese Überlegungen standen im Mittel-

punkt einer zweistufigen städtebaulichen Planungswerkstatt, an der Politik, Verwaltung, Domkirche, Museumsleitungen und externe Sachverständige teilnahmen. Die erste Stufe sollte ein städtebauliches Leitbild entwickeln.

13 eingeladene Architektenbüros aus dem In- und Ausland stellten ihre Entwürfe dar und gaben einen Einblick, was dort entstehen und welche städtebauliche Idee folgen könnte. Ziel war es, ein Gesamtkonzept für den südlichen Teil des Roncalliplatzes zu finden. Neben den alten und neuen Nutzungen, die untergebracht werden müssen, soll das Konzept sich auch in die laufenden Umgestaltung der Domumgebung einfügen. Der südliche Teil der Roncalliplatzes ist Anfang und Ende der ‚Via Culturalis‘, der neu gestalteten Kulturmeile zwischen Dom und St. Maria im Capitol. Auch galt es eine Beziehung zum bald neu gestalteten Kurt-Hackenberg-Platz herzustellen. Somit eine sehr komplexe Aufgabe für einen sehr bedeutsamen Ort der Stadt.

Drei Ansätze

Die eingangs zu klärende Grundfrage war, ob das Volumen von 12.000 m² Baukörper überhaupt an diesem Ort untergebracht werden kann. Nach den zwei Tagen war man sich einig: Ja, die Neugestaltung mit all ihren Nutzungsansprüchen ist möglich! Die Hoffnung stand sogar im Raum, dies bis 2019 realisieren zu können.

Spannend war die Vielfalt der Entwürfe. Dabei waren drei Ansätze zu erkennen: Einige verbinden einen Neubau mit dem RGM bei gleichzeitiger Nutzung von Teilen der Tiefgarage. Dadurch bleibt der Roncalliplatz, der heute nach Süden hin offen ist, in seiner jetzigen Form bestehen. Andere orientieren sich am historischen Köln und an der aus dem 16. Jahrhundert stammenden Karte von Arnold Mercator. Der damalige Domhof, der entlang der Straße ‚Am Hof‘ verlief, war komplett geschlossen. Sie fassen nun den Roncalliplatz baulich bis kurz vor das Domhotel. Durch einen im Neubau befindlichen Durchgang oder auch einem Tor wäre dann der Roncalliplatz von der Via Culturalis aus zugänglich.

Der dritte Ansatz war, zwei neue Gebäude entstehen zu lassen. Der Roncalliplatz wäre zur Südseite wie in den historischen Zeichnungen nicht komplett geschlossen. Somit entstünde eine Sichtachse aus der Via Culturalis auf das Dom-Südportal. Alle Entwürfe zeichneten sich dadurch aus, dass sie immer Bezug zur umliegenden Bebauung aufnahmen und sich intensiv mit ihr beschäftigt hatten. Am 11. und 12.12. fand die zweite Stufe der Planungswerkstatt statt. Sie formulierte „Leitplanken“ (Baudezernent Höing) für die städtebauliche Gesamtgestaltung. Eine vielversprechende Idee nimmt Gestalt an. 2015 soll der Rat darüber und über einen Realisierungswettbewerb entscheiden. *Kirsten Jahn*

Aufbruch für Porz

Die Zeit vergeht und das leere Hertie-Kaufhaus im Herzen der Porzer Innenstadt verkommt immer mehr. Der Rat hatte am 8.4.2014 den Kauf der Immobilie beschlossen. Mit dem mittlerweile erfolgten Kauf wurde die Voraussetzung für eine städtebauliche Wiederbelebung des gesamten Stadtquartiers geschaf-



Foto: Alexander Zaig

fen. Dafür wird nun eine Machbarkeitsstudie erstellt. Im Oktober wurde die städtische Entwicklungsgesellschaft „moderne stadt“ beauftragt. Sie beabsichtigt bis Ende Januar dem Baudezernat ein Ergebnis vorzulegen.

Die Studie untersucht eine Neugestaltung bei Erhalt der Kaufhaus-Immobilie sowie bei vollständigem Abriss. Dabei spielt eine große Rolle, ob die Bausubstanz für Umnutzungen überhaupt tragfähig ist. Zudem ist die städtebauliche Einbindung in die Umgebung und die zukünftige Aufenthaltsqualität des Friedrich-Ebert-Platzes ein wichtiges Kriterium. Auch wird analysiert, welche Nutzungen rund um den Friedrich-Ebert Platz sinnvoll und machbar sind. Welcher Nutzungsmix aus Einzelhandel, Wohnen und Büronutzungen führt zu einer Belebung und einem attraktiven Bezirkszentrum? Deshalb werden auch der Umzug des Bezirksrathauses ins Zentrum und der Rückbau der Hauptstraßen-Troglage untersucht. So entstünde zugleich eine neue attraktive Wohnlage auf dem bisherigen Rathausstandort am Rhein.

Von der Analyse zur Umsetzung ist es noch weit. Es wird Jahre dauern bis die entstandenen Wunden des Niedergangs geschlossen sind. Es besteht aber die realistische Hoffnung, dass es nun endlich voran geht.

Für die Zwischenzeit favorisieren die GRÜNEN kulturelle und kulturwirtschaftliche Zwischennutzungen im alten Kaufhaus-Gebäude. Eine inzwischen realisierte Zwischennutzung von Ladenlokalen durch Künstler am Ebertplatz in der Innenstadt ist ein erfolgreiches Beispiel für eine positive Wiederbelebung. Warum nicht auch in Porz? *ki/jf*

Kölner Haushaltslage

Keine Anzeichen für Entspannung

Wie geht es eigentlich den Stadtfinanzen? Eine wichtige Frage angesichts der bevorstehenden Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2015.

Schon jetzt steht fest, dass die von der Landesregierung verantworteten Schlüsselzuweisungen für 2015 (GFG) für die Stadt Köln um rund 87 Mio. Euro geringer ausfallen. Damit wird das Haushaltsdefizit empfindlich vergrößert. Die geltenden Kriterien im Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) wirken sich für die größte Stadt NRW deutlich negativ aus. Kriterien zur Regulierung der Mittelverteilung sind u.a. Soziallasten, Flächengröße, sozialversicherungspflichtige Beschäftigte (Zentralitätsansatz) und die Einwohnergewichtung. Letztere wurde abgesenkt, wodurch Köln ungefähr 45 Mio. Euro einbüßt. Auch die Reduzierung beim Zentralitätsansatz bringt weitere Millionenverluste für Köln. 2015 werden erstmals die in 2014 ausgezahlten Zuweisungen aus dem Einheitslasten-Abrechnungsgesetz (ELAG) bei der Ermittlung der Steuerkraft berücksichtigt. Auch dadurch verliert Köln Geld. Im Gegensatz zu anderen Regionen hat Köln politisch keine ausreichend starke Lobby im rot-grünen Verteilungskampf auf Landesebene.

dierung des Haushalts.

Die Aufwandsseite wird in 2014 durch einen um 7,4 Mio. Euro höheren Personalaufwand belastet. Aber trotz der notwendigen zusätzlichen Anforderungen bei Kosten der Unterkunft und Flüchtlingen hat sich der Gesamtaufwand ohne Personal um 58 Mio. Euro gegenüber dem Ansatz verbessert. Die Einnahmen aus der wichtigsten Steuer, der Gewerbesteuer, pegelt sich zum Jahresende bei 1 Milliarde Euro ein. Sie liegt 20 Mio. Euro unter dem Ansatz. Stärkste Steuerzahler sind Banken, Versicherungen, Finanzdienstleister und die vielfältigen Bereiche des Dienstleistungssektors, die inzwischen über 50% des Gewerbesteueraufkommens aufbringen. Das produzierende Gewerbe trägt ca. 11% bei.

Auch wenn die Konsolidierungsziele im abgelaufenen Jahr offenbar erreicht werden, ist dies kein Freifahrtsschein für 2015. Der nach wie vor hohe Investitionsstau bei der städtischen Infrastruktur, vor allem im Verkehrssektor, erfordert große finanzielle Anstrengungen. Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs hat nicht minder hohe Priorität, um die wachsenden Mobilitätsbedürfnisse auch in ökologischer



Foto: Oliver Mostert

Und sonst? Bei der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2013/2014 am 30.4.2013 betrug das Haushaltsdefizit zwischen Aufwand und Ertrag 272 Mio. Euro (2013) bzw. 237 Mio. Euro (2014). Nach der aktuellen Prognose wird das Haushaltsjahr 2014 mit 195 Mio. Euro Defizit abschließen. Das wäre ein wichtiger Erfolg für die nach wie vor dringend notwendige Konsoli-

Hinsicht erfüllen zu können. Ein weiterer Schwerpunkt liegt bei der Entwicklung der neuen Stadtquartiere, der Förderung und Schaffung preiswerten Wohnraums und beim Klimaschutz, wo Köln hinterher hinkt. Die politische Herausforderung wird darin bestehen, dies zu bewältigen, ohne vom Konsolidierungskurs abzukommen.

Jörg Frank

Ratsbeschlüsse für gemeinsames Handeln und Willkommenskultur

Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen

Die weltweiten Kriege und Krisen haben zu den größten Flüchtlingsbewegungen seit dem II. Weltkrieg geführt. Auch die Entwicklung der Flüchtlingszahlen in Europa lassen keine Entspannung erkennen. In den letzten Monaten wurden monatlich rund 270 Flüchtlinge nach Köln zugewiesen. Ende Oktober wurden insgesamt 4.519 Flüchtlinge untergebracht. Nach derzeitigen Prognosen werden bis 2018 voraussichtlich 9.000 bis 10.000 Menschen in Köln Zuflucht suchen. Die meisten werden hier dauerhaft eine neue Heimat finden.

11 neue Standorte

Kurzfristig nutzbare Wohnraum-Kapazitäten sind erschöpft. Zur Vermeidung von akuter Obdachlosigkeit müssen zur kurzfristigen Unterbringung Turn- und Baumarkthallen genutzt werden. Auch die Unterbringung auf einem Hotelschiff wird geprüft. Das Sozialdezernat unternimmt aktuell große Anstrengungen, die Flüchtlinge unterzubringen. Für die Ratsitzung am 16.12. liegen Vorschläge für den Bau von 7 Wohnhäusern in Systembauweise zur kurzfristigen Unterbringung und für weitere 4 Standorte für Wohnhäuser für eine langfristige Unterbringung vor. Die grüne Fraktion begrüßt diese Vorschläge. Die Standorte sind in Hinsicht auf die sozialräumliche Verteilung im Stadtgebiet akzeptabel. Bei einigen temporären Standorten ist es notwendig, die Auflagen des Landschaftsschutzes zu beachten. Es wird menschenwürdiger Wohnraum für über 1.000 Flüchtlinge geschaffen. Diese und die bereits am 8. April von Rat beschlossenen Unterkünfte nähern sich in ihrer Qualität wieder den vom Rat 2004 festgelegten Richtlinien der Unterbringung an.

Weitere Initiativen

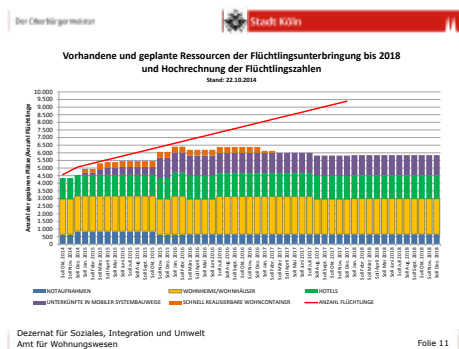
Ausreichen wird dies aber nicht. Temporäre, auf 5 Jahre ausgelegte Unterkünfte müssen mittelfristig durch dauerhafte Wohnhäuser in Wohnquartieren ersetzt werden. Absehbar sind weitere 20 Standorte notwendig. Als Ergänzung zum Verwaltungsvorschlag haben die GRÜNEN zwei weitere Grundstücke in Lindenthal und Rodenkirchen vorgeschlagen. Zudem soll der Rat die Verwaltung beauftragen, weitere städtische Grundstücke der stadtbeteiligten GAG Immobilien AG zum Bau von Wohnhäusern zur langfristigen Unterbringung anzubieten.

Gemeinsames Handeln

Nach intensiven Gesprächen haben sich GRÜNE, SPD, CDU und FDP auf Schritte und Maßnahmen zur menschenwürdigen Unterbringung von Flüchtlingen verständigen können, die nun im Rat am 16.12. beschlossen werden sollen. Damit werden auch die ehrenamtlichen Willkommens-Initiativen für Flüchtlinge unterstützt, zu denen sich vermehrt Menschen in den Stadtteilen zusammenfinden. Ein „Zentrum für Willkommenskultur“ von Flüchtlingsrat und Freiwilligenagentur wird nun unterstützt, das bürgerschaftliche Initiativen und Bürgerämter bei der Koordinierung, Vernetzung, Vermittlung und Qualifizierung praktisch berät. Aus grüner Perspektive sind folgende Schritte besonders wichtig:

- die Aufrechterhaltung der Leitlinien von 2004 als Richtschnur des Handelns
- eine integrative Ausrichtung der zukünftigen Planung von Wohnquartieren
- das Zentrum für Willkommenskultur und seine Vernetzung mit den Bürgerämtern
- Bildungsangebote und schulische Versorgung für Flüchtlingskinder

Aufgrund der großen Herausforderungen an eine humane Flüchtlingsunterbringung in den nächsten Jahren ist es von großem politischen Wert, dass sich die demokratischen Fraktionen im Rat auf ein gemeinsames Handeln einigen konnten. Diese Ratsinitiative ist auch eine Unterstützung der unermüden Aktivitäten der zuständigen Beigeordneten Henriette Reker. Ein breiter Konsens im Rat schafft gute Voraussetzungen, um noch mehr Menschen für Offenheit und Unterstützung gegenüber Flüchtlingen zu gewinnen und rechtspopulistischen Trends in der Stadtgesellschaft entgegenzuwirken. *Marion Heuser*



Landeshilfe für Flüchtlinge

145 Mio. Euro sollen 2015 vom Land NRW und vom Bund für die Unterbringung von Flüchtlingen an die Städte und Gemeinden fließen. 108 Mio. Euro davon gehen direkt an die Kommunen. Mit weiteren 37 Millionen Euro finanziert die rot-grüne NRW-Landesregierung eine zusätzliche Erstaufnahmeeinrichtung, die Ausweitung der sozialen Betreuung in den Landeseinrichtungen sowie weitere Lehrkräfte an Schulen, zusätzliche Plätze in der Offenen Ganztagsbetreuung, weiteres Personal in den Kindertageseinrichtungen und einen Härtefallfonds für alle Gesundheitskosten über 50.000 Euro. Die durch den Bund finanzierten weiteren 54 Millionen Euro werden zusätzlich weitergeleitet, um zielgerichtet für die Aufnahme, Unterbringung und Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen verwendet zu werden, erklärten die Koalitionsfraktionen.

Chipkarte für Flüchtlinge

In Bremen erhalten Flüchtlinge gemäß Asylbewerberleistungsgesetz eine Chipkarte der AOK für ihre Gesundheitsversorgung. Die Leistungen erbringt die AOK durch vertragliche Vereinbarung mit der Sozialbehörde auf Basis der Sozialgesetzgebung (SGB V). Seit 2012 macht dies auch Hamburg, Münster will dies nun prüfen. Eine Krankenversicherungskarte würde die Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge deutlich verbessern und den zusätzlichen Weg über die Sozialverwaltung ersparen. Für die Sozialverwaltung entfällt die Prüfung der Bewilligungsfähigkeit der beantragten Krankenbehandlung. Die grüne Ratsfraktion hat nun das Sozialdezernat gebeten, die Einführung für Köln zu prüfen.

Alles nix ohne RRX

Der Kölner Rat macht weiter Druck für einen RRX-Halt am Bahnhof Köln-Mülheim. Am 16.12. beauftragt er die Verwaltung gemeinsam mit dem NVR eine Fahrplanstudie zu erstellen und die notwendigen Infrastrukturkosten zu ermitteln. Der Rhein-Ruhr-Express (RRX) wäre ein wichtiges Ergänzungsangebot für den Nahverkehr in NRW. Ein Halt in Köln-Mülheim hat für NRW und Köln eine große Bedeutung. Bereits 2009 hat der Kölner Rat von Land und Bund diesen Halt gefordert, der dort ohne größere Umbauten möglich wäre. Es bestehen hervorragende Umsteigemöglichkeiten zwischen elf ÖPNV-Linien. Bereits jetzt halten dort alle Regionalexpress-Linien RE 1 und RE 5.

Kurz & bündig

Neonazi-Szene und rechtes Hooligan-Milieu formieren sich Wer steckt hinter „Hogesa“?

Ein Gastbeitrag von Patrick Fels

Unter dem Label der Gruppe „Hooligans gegen Salafisten“, die vorgeben, nur „gegen Salafismus“ zu sein, fand am 26.10. in Köln die größte extrem rechte Demonstration seit Jahren statt. Aus der Demonstration heraus wurden nicht nur JournalistInnen angegriffen und verletzt, sondern auch wahllos Passanten attackiert. Zudem wurden Parolen wie „Ausländer raus“, „Frei, Sozial und

Symbole, die eindeutig der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind. Angemeldet wurde die Kundgebung am Hauptbahnhof mit anschließender Demonstration durch das Kunibertsviertel ursprünglich vom stellvertretenden Pro-NRW Vorsitzenden Dominik Roessler aus Mönchengladbach. Nach Kritik aus der Parteispitze zog dieser sich zwar offiziell von der Versammlungsleitung zurück, spielte am gestrigen Tag aber dennoch eine wichtige Rolle. Mit einem



National“, „Deutschland, unser Land“ sowie „Lügenpresse, halt die Fresse“ skandiert und vielfach der Hitler-Gruß gezeigt. Das Magazin „Focus“ berichtete, dass sowohl bei der An- wie auch bei der Abreise in den Zügen Personen zum Teil massiv von Teilnehmenden der „HoGeSa“-Demo attackiert wurden.

Eindeutig rechtsextrem

Auch wenn sich die Organisatoren im Vorfeld darum bemühten, der Veranstaltung ein gemäßigtes Ansehen zu verpassen und sich nach außen von jeglicher neonazistischer Ausrichtung und Beteiligung zu distanzieren, zeigte sich sehr schnell, dass es sich dabei weniger um ernsthafte Absichtserklärungen als vielmehr um einen strategischen Schachzug handelte, um auch vermeintlich unpolitische Fußballfans für die eigenen Ziele zu gewinnen. Schnell war ersichtlich, dass dies eben keine Versammlung „unpolitischer“ Hooligans werden würde. Die massive neonazistische Mobilisierung und die rassistischen und nationalistischen Beiträge auf der Facebook-Seite der Veranstaltung sprachen eine klare Sprache. So erstaunt es nicht, dass sich unter den Anwesenden zahlreiche Anhänger der Neonazi-Szene befanden. Etliche Teilnehmende trugen Kleidung und

Megafon dirigierte er die Teilnehmenden und heizte per Megafon ein.

Enge Vernetzung

Die Gewalttätigkeit der Veranstaltung hat auf erschreckende Weise deutlich gemacht, dass eine strikte Trennung zwischen HoGeSa-Hooliganmilieu und Neonazi-Szene nicht nur nicht möglich ist, sondern zudem die Gefahr der Bagatellisierung in sich trägt. Ein personelles Beispiel für die enge Vernetzung ist Siegfried Borchardt. Der Gründer und Anführer der extrem rechten Hooligangruppe „Borussenfront“ wurde im Mai 2014 als Mitglied der rechtsextremen Partei „Die

Rechte“ in den Dortmunder Stadtrat gewählt. Borchardt, genannt „SS-Siggi“, war selbstredend auch auf der Demonstration in Köln anwesend. Generell zeichnete sich besonders die Partei „Die Rechte“ durch ihre aktive Mobilisierung und Unterstützung aus. Die Partei, die in der militanten Neonazi-Szene eine wichtige organisatorische Führungsrolle einnimmt, konnte so viele Neonazis – besonders aus Nordrhein-Westfalen- zum Mitmachen bewegen. Neben Anhängern und Anhängerinnen der „Rechten“ und extrem rechten Hooligans beteiligten sich auch Aktivisten der NPD und „Freien Kameradschaften“. Die Kameradschaft „Freies Netz Hessen“ war mit eigenem Transparent vertreten, ebenso wie die „Identitäre Bewegung“. Auch aus der Stadt Köln und dem Regierungsbezirk waren etliche bekannte Neonazis vertreten. „Die Rechte Rhein-Erft“ hatte im Vorfeld Übernachtungsmöglichkeiten angeboten.

Rechtsextreme Hooligan-Band

Die Organisatoren hatten zudem einen „Special Guest“ angekündigt. Dass es sich dabei um einen Auftritt der extrem rechten Hooligan-Band „Kategorie C“ aus Bremen handeln würde, war von vielen Beobachtenden bereits vermutet worden. In einigen Bundesländern werden Auftritte der Band regelmäßig durch die Behörden verboten.

Nach mehreren kleinen Aktionen war die „HoGeSa“-Veranstaltung in Köln die bisher größte ihrer Art. Neonazis und Hooligans gehen mit einem gestärkten Selbstbewusstsein aus ihr heraus. Die damit einhergehende Euphorie wird zumindest kurzfristig zu einer Stärkung der Szene führen. Wie es mit „HoGeSa“ weitergeht, bleibt abzuwarten. Sowohl Zivilgesellschaft als auch Sicherheitsbehörden stehen vor einer großen Herausforderung.

Patrick Fels ist Mitarbeiter der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) beim NS-Dokumentationszentrum.



Foto: Bilow

Neue Schulstandorte im Bezirk Lindenthal Sorgfalt vor Schnelligkeit

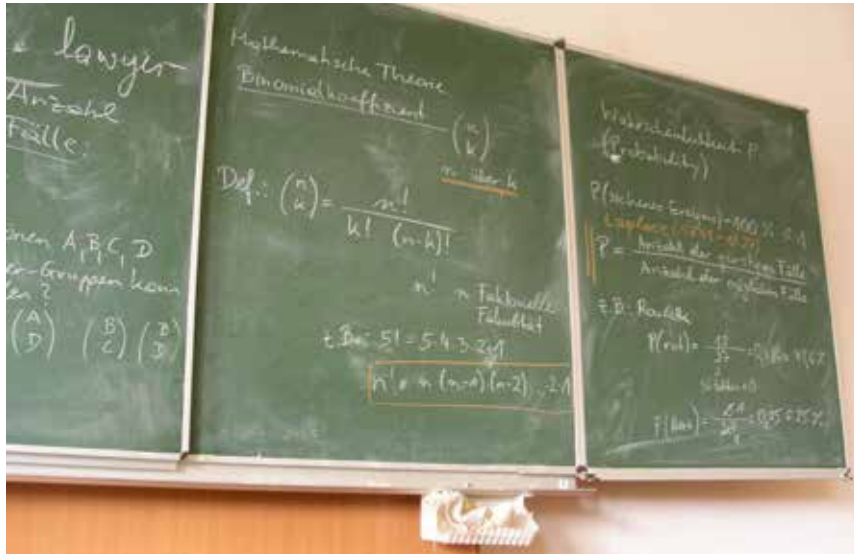


Foto: Bernhard Pöster / pixelio.de

Auf grüne Initiative wird das Verfahren zur Standortsuche für zwei unbedingt erforderliche Sekundarschulen im Stadtbezirk Lindenthal endlich mit vollständiger Transparenz durchgeführt. Bisher hatte die Schulverwaltung der Öffentlichkeit und dem Schulausschuss nur Informationen und Gründe für die von ihr favorisierten drei Standorte in Lindenthal vorgestellt.

Es ist sicherlich begrüßenswert, wenn die Schulverwaltung frühzeitig Vorschläge erarbeitet und vorstellt. Sie sollte aber ein solches Vorgehen nur als einen ersten Schritt bei der Suche nach möglichen Standorten betrachten. Die nun einsetzende Diskussion in der Bevölkerung und den politischen Gremien zeigt, dass sich die Standortfindung nicht allein auf die Verwaltungsvorschläge konzentriert. Es sind auch Alternativen zu prüfen. Alle in der Diskussion befindlichen Standorte sollen nun nach festgelegten Kriterien geprüft und gewichtet werden.

Der erfolgte Beschluss beauftragt die Schulverwaltung, alle 16 zu prüfenden Standorte detailliert im Schulausschuss und der Bezirksvertretung Lindenthal vorzustellen. Auf dieser Basis ist dann eine abgewogene Entscheidung zu treffen. Da mittelfristig ca. 400 Schulplätze im Sekundarbereich fehlen, müssen mindestens zwei Schulen neu gebaut werden. Die Elternwünsche zielen auf eine Gesamtschule und ein Gymnasium ab. Das hat auch der Schulausschuss so bestätigt.

Die Kritik an den Verwaltungsvorschlägen entzündet sich besonders an zwei Standorten, die im Grünbereich ange-

siedelt werden sollen: im Grünzug West in Weiden und in einem Landschaftsschutzgebiet an der Aachener Straße. Weitere Probleme bei der Standortsuche bestehen in den konkurrierenden Ansprüchen von Wohnungsbau und Gewerbe. Darüber hinaus fehlen präzise ortsteilbezogene Daten in Hinsicht auf die Wünsche für die verschiedenen Schulformen. Auch wenn die Entscheidung eilt, so müssen mit Sorgfalt und Transparenz die bestmöglichen Standorte für die beiden neuen Schulen gefunden werden.

Horst Thelen



Foto: Oliver Mostert

Handwerk benachteiligt?

Warum soll in Köln nicht möglich sein, was in den Nachbarkommunen Realität ist. Es geht um die beschränkte Ausschreibung von Bauleistungen (VOB) durch die Stadt Köln an die regionalen Betriebe. Handwerkskammer und Kreis-Handwerkerschaft kritisieren, dass alle Aufträge ab 100.000 Euro öffentlich ausgeschrieben werden. Dies benachteiligt die regionale Wirtschaft und sei mittelstandsfeindlich. Vor einem Jahr hatte der Verwaltungsausschuss (AVR) die beschränkte Ausschreibung für Bauaufträge und Dienstleistungen in den Vergaberichtlinien einstimmig gestrichen. Bis 100.000 Euro dürfen Aufträge freihändig vergeben werden. Nun fordert das Handwerk zumindest eine beschränkte Ausschreibung bis 300.000 Euro.

Transparenz und fairer Wettbewerb bei städtischen Auftragsvergaben sind aus Sicht der grünen Fraktion wichtige Grundsätze, deren Einhaltung regelmäßig geprüft werden muss. Allerdings dürfen der regionalen Wirtschaft auch keine Nachteile aufgebürdet werden. Vor allem das Handwerk ist als kommunaler Steuerzahler und im Ausbildungsbereich eine relevante Säule. Daher gehen die GRÜNEN der Kritik mit einer Anfrage im Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuss sorgfältig nach. Die bislang vorliegenden unvollständigen



Foto: Andreas Stütz / pixelio.de

Antworten der Verwaltung überzeugen nicht. Liegt die Verwaltung richtig, dass mit dem Verzicht auf beschränkte Ausschreibungen Auftragsvergaben schneller, transparenter und rechtssicher ablaufen? So ist bei einigen Ausschreibungen die europäische Binnenmarktrelevanz nicht zwangsläufig gegeben und auch die Bindung an den tariflichen Mindestlohn gemäß den Bestimmungen des TVgV NRW kann bei Ausschreibungsangeboten nicht lückenlos überprüft werden. Zahlreiche Kommunen in der Kölner Region lassen im Übrigen weiterhin beschränkte Ausschreibungen zu, was rechtlich möglich ist. Inwieweit die Kölner Unternehmen durch das Fehlen einer beschränkten Ausschreibung strukturell nun Auftragsverluste erleiden, ist bislang ungeklärt. Die Beratung in den Ausschüssen wird fortgeführt.

jf/mr

Klage gegen RP



Foto: Tim Reckmann / pixelio.de

Am 13.11. beschloss auf Antrag der GRÜNEN eine Ratsmehrheit von CDU, GRÜNE, FDP und Die Freunde gegen die Aufhebung des Ratsbeschlusses vom 30.09.2014 zur vollständigen Neuauszählung der Ratswahl 2014 zu klagen. Regierungspräsidentin Walsken hatte die Aufhebung verfügt. Der Konflikt um die Kölner Ratswahl kann nur noch gerichtlich geklärt werden. Die GRÜNEN möchten mit einer Neuauszählung das Vertrauen in das Wahlergebnis wiederherstellen. Bei Teilen der

Bürgerschaft ist dies verloren gegangen. Eine relative Mehrheit von SPD, Linke und Piraten erklärte die Ratswahl 2014 für gültig. Die CDU stimmte dagegen. Grüne, FDP und Die Freunde enthielten sich. Einstimmig wurden die Wahlen zu den Bezirksvertretungen und die Integrationswahl für gültig erklärt. Ihre Ergebnisse waren nie Gegenstand von Kritik oder Einsprüchen. *jf*

Idee I realisiert



Foto: Oliver Moser

Ab 2016 werden Werkstätten, Ausstattungsbetriebe sowie eine Bühnenwerk-

statt der städtischen Bühnen auf dem WDR-Produktionsgelände in Bocklemünd angesiedelt. Auf rund 6.000 qm Werkstattfläche werden dann Kulissen und Bühnenbilder produziert. Damit wird eine grüne Idee Realität, die vor zwei Jahren von der grünen Fraktionsvorsitzenden Barbara Moritz angeregt wurde. Nach langen Verhandlungen kommt nun diese für beide Seiten vorteilhafte Kooperation zustande. Damit wird zugleich ein Ratsauftrag vom 24.11.2011 umgesetzt, der die Bühnen beauftragte, mögliche Synergien für ihr Produktionszentrum durch geeignete Kooperationen zu prüfen. Die Bühnenwerkstätten sind bislang in einem sanierungsbedürftigen Bau an der Oskar-Jäger-Straße untergebracht. Nach dem Umzug wird dieser Standort aufgegeben. Eine Sanierung entfällt und führt zu erheblichen Kosteneinsparungen. Für die Sanierung waren 9 Mio. Euro vorgesehen. Umzug und Einrichtung der Werkstätten in Bocklemünd sind hingegen mit nur 4,3 Mio. Euro veranschlagt. Zu hoffen ist, dass die neue Kooperation zu weiteren Synergien für beide Seiten führt. *bb*

Idee II realisiert

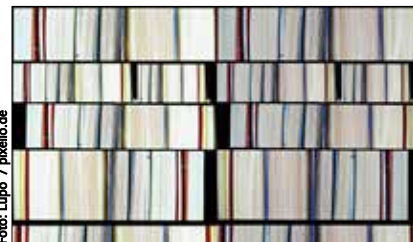


Foto: Lupo / pixelio.de

Kunst- und Museumsbibliothek (KMB) und Universitäts- und Stadtbibliothek (USB) gehen nun eine Kooperation über den „gemeinsamen Betrieb der Zentralbibliothek für Kunst und Kunstgeschichte“ ein. Dies hat der Rat am 16.12. gebilligt. Im ersten Schritt werden eine virtuelle Zentralbibliothek und der Aufbau einer wissenschaftlichen Zusammenarbeit begründet. Damit wird ein Ratsauftrag, der auf eine Initiative der grünen Ratsfraktion fußt, realisiert. Die kunst- und kunsthistorischen Bestände der KMB und USB, der philosophischen und humanwissenschaftlichen Fakultät zusammengestellt. Der gemeinsame Bestand wird auf über 800.000 Bände geschätzt, davon 440.000 der KMB. Gemeinsame Forschungsprojekte sind vorgesehen. Dies bedeutet eine Qualitätssteigerung für Forschung und Lehre. Die USB verstärkt die KMB mit drei Personalstellen. Die Zusammenarbeit wird von einem gemeinsamen Beirat begleitet. *ij*



Foto: Ignatz Igel

Sieben Wochen nach der gewalttätigen „Hogesa-Demo“ kamen am selben Ort 15.000 Menschen zu einer Kundgebung „gegen Gewalt, Rassismus und Neonazis“ zusammen. Aufgerufen hatte die AG „Arsch Huh“ zusammen u.a. mit DGB, FC-Fanprojekt, DITIB, Festkomitee Kölner Karneval, muslimischen Vereinen, zahlreichen Kunstschaffenden und allen demokratischen Parteien. „Wir wollen den Platz friedlich wieder einnehmen“, so die Initiatoren. Die bekannten Kölner Musikgruppen traten auf. Kabarettist Jürgen Becker warnte unter Beifall vor „Kölschtümelei“. Georg Restle (ARD-Monitor Redaktion) analysierte den rechtsextremen Kern der jüngsten Demos „patriotischer Europäer“.

Umweltgerechte Mobilität: Köln holt auf

KVB startet Fahrradverleihsystem

Paris hat es, Barcelona hat es, Hamburg hat es und Köln bekommt es jetzt auch: Ein Fahrradverleihsystem der Kölner Verkehrsbetriebe (KVB).

Einführung

Zunächst wird es in der Innenstadt innerhalb des Gürtels und in den Stadtteilen um die Universität herum ein flexibles System geben, bei dem die Räder überall entliehen und abgestellt werden können. Es ähnelt dem heute

vorhandenen „call-a-bike“-System der DB. Weiterhin werden in Mülheim und um den Butzweiler Hof ein stationsbasiertes System mit zunächst 20 Stationen eingerichtet. Als erster Schritt einer Erweiterung sind bereits Buchforst und Humboldt/Gremberg in Planung. Dieses System stärkt den Umweltverbund und trägt dazu bei, die Ziele von „Köln mobil 2025“ zu erreichen. Dass dies nicht ohne eine Neuaufteilung des Straßenraumes möglich sein wird, muss eigentlich nicht weiter erwähnt werden. Auch ohne einen Ausbau der Fahrradinfrastruktur wird es nicht gelingen, den Anteil des Umweltverbundes innerhalb der nächsten zehn Jahre auf 2/3 zu steigern. Daher ist nach der Erprobungs-



Foto: Oliver Mostert

vorhandenen „call-a-bike“-System der DB. Weiterhin werden in Mülheim und um den Butzweiler Hof ein stationsbasiertes System mit zunächst 20 Stationen eingerichtet. Als erster Schritt einer Erweiterung sind bereits Buchforst und Humboldt/Gremberg in Planung.

... und Perspektive

Perspektivisch wird es in der Innenstadt ebenfalls Stationen geben, um an beliebigen Standorten eine große Anzahl an Fahrrädern zur Verfügung stellen zu können und „wildes“ Abstellen zu vermeiden. Die Standorte aller Stationen werden seitens der KVB mit der Stadt Köln und den Bezirksvertretungen abgestimmt, um eine optimale Erreichbarkeit zu gewährleisten. Insgesamt über 900 Räder werden zum Beginn den Kölnerinnen und Kölnern dann zur Verfü-

phase auch ein Ausbau der KVB-Fahrradflotte erforderlich.

Mobilität mit Zukunft

Besonders die 260.000 KVB-Kundinnen und -Kunden, die eine Zeitkarte besitzen, werden vom neuen Fahrradverleihangebot profitieren. Die ersten 30 Minuten pro Fahrt sind dann nämlich bereits inklusive. Somit kann die letzte Meile - also der Weg von der Haltestelle bis zum endgültigen Ziel - bequem und ohne weitere Kosten zurückgelegt werden.

Dieses System ist ein weiterer Baustein bei der Weiterentwicklung der KVB AG zu einer Mobilitätsdienstleisterin für die ganze Stadt. Die KVB bezuschusst dieses Vorhaben mit 400.000 €. Gut angelegtes Geld für eine zukunftsweisende Mobilität!

Lino Hammer

Impressum

Herausgeberin/Verlegerin: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat, Rathausplatz 1, 50667 Köln

Tel.: (0221) 22125919; **Fax:** (0221) 22124555
E-Mail: gruene-fraktion@stadt-koeln.de

Redaktion: verantwortlich Jörg Frank

Autoren & Autorinnen dieser Ausgabe: Brigitta von Bülow (bb), Jörg Frank (jf), Kirsten Jahn (kj), Ignatz Igel (ii), Lino Hammer (lh), Marion Heuser (mh), Manfred Richter (mr), Horst Thelen (ht)

Realisation: Einblick Verlag Köln, Tel. 0221 / 510 65 50,

Bezug: kostenlos

Erscheinungsweise: 10 mal jährlich
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 12.12.2014
Die nächste Ausgabe erscheint am 05.02.2015

Rathaus Ratlos im Internet

www.gruenekoeln.de

Technische Realisation: Regina Kobold

E-Mail: regina.kobold@stadt-koeln.de

FRAKTIONSGESCHÄFTSSTELLE

Bündnis 90 / Die Grünen im Kölner Rat

Rathaus - Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln

Tel.: 0221 / 22125919 oder 22125920

E-Mail: gruene-fraktion@stadt-koeln.de

Öffnungszeiten: mo bis fr 9 – 12 Uhr;

mo, di, do 13 – 16 Uhr; mi 13 – 18 Uhr

Fraktionsvorstand: Vorsitzende: **Kirsten Jahn**; Stellv.

Vorsitzende: **Birgitta von Bülow**; Fraktionsge-

schäftsführer: **Jörg Frank**; Vorstandsmitglieder:

Marion Heuser, Manfred Richter

Fraktionssitzung (Mittwochskreis):

In der Regel mittwochs um 19:00 Uhr im spanischen Bau des Rathauses, Saal A15a, Erdgeschoss.

BÜRGERMEISTER

Andreas Wolter

Tel.: 0221 / 22126063, **Fax:** 0221 / 22126064

Mail: andreas.wolter@stadt-koeln.de

Referent: Christoph Goormann

Mail: christoph.goormann@stadt-koeln.de

ARBEITSKREISE

Die Fraktionsarbeitskreise tagen in der Regel während der Sitzungszeit monatlich im Fraktionsbüro, Rathaus Spanischer Bau, Rathausplatz 1. Die aktuellen Termine erfahren Sie entweder telefonisch (22125919) oder per eMail (gruene-fraktion@stadt-koeln.de). Im folgenden die Übersicht der verantwortlichen Ratsmitglieder (Sprecher & Sprecherinnen) für die jeweiligen Politikbereiche:

Anregungen & Beschwerden

Bauen:

Finanzen:

Gesundheit:

Jugendhilfe:

Kultur:

Liegenschaften:

Rechnungsprüfung:

Schule & Bildung:

Soziales:

Sport:

Stadtentwicklung:

Stellenplan/Personal:

Umwelt:

Abfallwirtschaft

Verkehr:

Verwaltung:

Wirtschaft:

Frauen:

Integrationsrat:

Queer:

Berivan Aymaz

Gerd Brust

Jörg Frank

Dr. Ralf Unna

Svenja Rabenstein

Brigitta von Bülow

Sabine Pakulat

Gerd Brust

Horst Thelen

Marion Heuser

Elisabeth Thelen

Kirsten Jahn

Brigitta von Bülow

Dr. Matthias Welpmann

Gerd Brust

Lino Hammer

Manfred Richter

Jörg Frank

Julia Woller

Firat Yurtsever

Svenja Rabenstein/

Andreas Wolter

ABO?
Rathaus Ratlos KOSTENLOS!

Es gibt zwei Möglichkeiten:

1. E-Mail an gruene-fraktion@stadt-koeln.de
2. oder Postkarte an: GRÜNE im Kölner Rat, Rathausplatz 1, 50667 Köln

Bitte geben Sie an, ob Sie per Post die Printausgabe oder eine PDF-Datei als E-Mail erhalten wollen.



Foto: Oliver Mostert

Ratsreporter Ignatz Igel



Aufgespießt

Im Dezember hat die Bezirksvertretung Innenstadt erneut beschlossen, von einem Schildbürgerstreich abzusehen, den das Baudezernat zu verantworten hat. Gemeint ist die Aufstellung des 7 Meter hohen „Obeliskens of Tutankhamun“ auf dem Kreisverkehr am Breslauer Platz. Der Obelisk der Künstlerin Rita McBride wurde Wettbewerbssieger beim Kunstpreis der Sparda-Bank. Nun drängt die Bank der Stadt das Teil als Geschenk auf. Im Vorfeld wurde aber nie ein Ausschuss- oder Ratsbeschluss gefasst. Trotzdem sind SPD und CDU im Kultur- und Stadtentwicklungsausschuss eingeknickt und geben dem Drängen der Bank nach.

Der Kunstbeirat lobt den Spieß als Bereicherung der „ausgesprochen heterogenen baulichen Situation am Breslauer Platz“. Eine ungewollte sarkastische Umschreibung der trüben Verhältnisse zwischen „KVB-Tempel“ und „Blauen Müllsack“. Wenn der „Müllsack“ 2017 verschwindet, böte eine Neugestaltung des Areals eine große Chance. Diese wird nun zusätzlich erschwert. Denn der Karbon-Zahnstocher darf nur mit Genehmigung von Bank und Künstlerin abgebaut oder an einem anderen Ort aufgestellt werden. Wer sich an den Streit um die Beseitigung der Betonpilze am Dom erinnert, weiß, was das bedeutet.

Da wird nun seit Jahren über mehr Qualität des öffentlichen Raums gestritten. 2007 wurde sogar eine Stadtraummanagerin bei der Stadt eingestellt. Der schwarze Karbon-Spargel wäre ein klassisches Thema gewesen. Aber was sie so treibt, bleibt bis heute ein Rätsel.

Kölns Schwäche sind nach wie vor hässliche Plätze und die willkürliche Möblierung des öffentlichen Raums. Nicht von ungefähr ist die Gestaltung der Innenstadtplätze ein Schwerpunkt im Masterplan Innenstadt. Mit dem Votum einer ignoranten rot-schwarzen Ratsmehrheit für den Obeliskens wird dieses Trauerspiel um ein weiteres schauriges Kapitel bereichert.

Klüngel beim Weihnachtsmarkt?

Die jüngsten Vorwürfe in der lokalen Presse klingen unglaublich. Beim Ausschreibungsverfahren für den Weihnachtsmarkt Rudolfplatz soll eine gefälschte Kreditzusage von 900.000 € vom Ausschreibungsgewinner vorgelegt worden sein. Mit dem offensichtlich gefälschten Schreiben der Sparkasse KölnBonn sollte die Kreditwürdigkeit des Bewerbers nachgewiesen werden. Die Verwaltung habe das mit einigen Rechtschreibfehlern gespickte Schreiben nicht weiter überprüft. Polizei und Staatsanwaltschaft ermitteln aufgrund diverser weiterer Informationen und Aussagen.

Das Betreiben von Weihnachtsmärkten auf den Kölner Innenstadtplätzen ist ein lukratives Geschäft. Entsprechend hart ist der Wettbewerb. Wenn diese Vorwürfe zuträfen, erinnern sie an frühere Zeiten, als Weihnachtsmärkte in Köln

noch nicht in einem transparenten Ausschreibungsverfahren an die jeweiligen Betreibenden vergeben wurden.

Die grüne Fraktion hat im zuständigen Ausschuss für Allgemeine Verwaltung (AVR) die Vorgänge aufgegriffen und die Verwaltung befragt. Absehbar ist, dass der Betreiber seine Konzession für den Weihnachtsmarkt am Rudolfplatz verliert, wenn sich der Verdacht bestätigt. In diesem Fall würde ein neues Ausschreibungsverfahren notwendig werden und die Betreiber-Konzession ab 2015 neu vergeben. Darüber hinaus ist eine kritische Prüfung und Optimierung der verwaltungsinternen Abläufe bei der Bewertung von Ausschreibungsunterlagen dringend geboten. Denn das nächste Ausschreibungsverfahren steht bevor – dieses Mal für das „Flaggschiff“ unter den Kölner Weihnachtsmärkten, den Roncalliplatz. *mr*

Termine

Donnerstag, 5. Februar, 15.30 Uhr
Ratssitzung
Rathaus, Spanischer Bau

Dienstag, 24. März, 15.30 Uhr
Ratssitzung
Rathaus, Spanischer Bau

*„Die Zeit ist immer reif.
Es fragt sich nur, wofür“.*
François Mauriac

**Prettige Kerstdagen &
Ein gutes Neues Jahr
wünschen
Bündnis90/Die Grünen
Im Kölner Rat**

Foto: Oliver Mostert